

„Das kann man nicht schönreden“

Warum sich Betriebsräte die aktuelle Pleitewelle genau ansehen müssen

„Neue Schockzahlen“, so titelte die BILD, als Creditreform vor ein paar Tagen die neuen Zahlen der Firmenpleiten bekannt gab – 30 Prozent mehr Insolvenzen als im Vorjahreszeitraum. Dem deutschen Mittelstand geht es schlecht, das liest man immer wieder, aber wie ernst ist die Lage? Und was können Betriebsräte jetzt tun? Darüber sprachen wir mit Patrik-Ludwig Hantzsch, dem Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform.



Redaktion

Stand: 2.7.2024

Lesezeit: 02:45 min



Patrik-Ludwig Hantzsch, Jahrgang 1983, ist Leiter der Wirtschaftsforschung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Pressesprecher beim Verband der Vereine Creditreform in Neuss. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Wirtschaftsforschung bei Untersuchungen zur Konjunkturentwicklung, insbesondere dem Insolvenzgeschehen, den Neugründungen in Deutschland und Europa sowie zu Fragen der Finanzierung und Entwicklung mittelständischer Unternehmen. Er vertritt Creditreform gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Medien.

Herr Hantzsch, es herrscht Endzeitstimmung in der Wirtschaft. Mal ganz salopp gefragt: Wie geht es den deutschen Unternehmen?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Tatsächlich ist aktuell eine sehr aufgeheizte Industriedebatte im Gange. Große Chemiekonzerne, aber auch Automotive – keiner weiß gerade genau, wohin die Reise geht. Fakt ist: Wir haben ein großes Problem in der Wirtschaft. Mittelstand und große Konzerne, die bisher der Garant für Wohlstand und Wachstum waren, denen geht es schlechter. Das ist keine pessimistische Schwarzmalerei, die Zahlen bilanzieren wir nüchtern. Das kann man nicht schönreden.

11.000 Unternehmensinsolvenzen allein im ersten Halbjahr 2024 – im Vorjahreszeitraum waren es 8.470 Fälle. Was ist da los?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Was ist da los – das ist die Gretchenfrage! Vielleicht einmal zum Vergleich: 2009 gab es insgesamt rund 33.600 Unternehmensinsolvenzen. Zum Ende der Weltfinanzkrise hat uns dann die Senkung der Zinsen der EZB sehr geholfen. Für die Unternehmen wurden zudem einige Programme mit günstigen Zinsen aufgelegt. Viele Unternehmen konnten sich sehr günstig refinanzieren. Außerdem waren Produkte aus Deutschland gefragt. Inzwischen sind einige strukturelle Schwächen offengelegt, z.B. durch unterbrochene Lieferketten. Diese Probleme gab es schon länger, aber sie haben sich durch Corona in sehr kurzer Zeit offenbart.

Struktureller Wandel, Inflation, hohe Zinsen, Lohn- und Energiekosten sind ein toxischer Cocktail.

... und sorgen in dieser rasanten Geschwindigkeit für Entlassungen, Insolvenzen und Standortverlagerungen?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Struktureller Wandel, Inflation, hohe Zinsen, Lohn- und Energiekosten sind ein toxischer Cocktail. Zusammen bewirkt all das, dass die Stabilität der deutschen Unternehmen ins Wanken gerät. Hinzu kommen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Aus der Politik gibt es eine Mitverantwortung daran, wie spitz die Lage ist. Das begann schon vor dieser Wahlperiode: Die Inflation galt als gebannt, Sozialausgaben wurden ausgedehnt, es wurde zu wenig in Infrastruktur und Bildung investiert. Das fällt uns jetzt doppelt auf die Füße. Die Investitionen müssten jetzt dringend kommen, aber der Druck, Geld zu sparen, ist deutlich gestiegen.

Wie ist die Verteilung der Insolvenzen – bemerken Sie hier einen Wandel?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Zwar sind viele kleinere Unternehmen betroffen, aber wir haben auch eine deutlich gestiegene Zahl an Insolvenzen von mittleren und großen Unternehmen. Prominente Großinsolvenzen der letzten Monate waren beispielsweise Galeria Karstadt Kaufhof und FTI-Touristik.

Wie sind die Entwicklungen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Wir haben die Insolvenzen in Europa im Mai verglichen. Was man sagen kann: Unsere guten Bedingungen nach der Weltfinanzkrise fallen uns jetzt auf die Füße. Inzwischen haben wir außerdem die höchsten Energiepreise, nur als ein Beispiel von vielen. Der deutsche Sonderweg hat uns in eine Abhängigkeit gebracht – billige Energie ist Teil des Erfolgsmixes gewesen. Das hatten andere europäische Volkswirtschaften so nicht. Nehmen wir als ein anderes Beispiel die Klimatransformation der Wirtschaft. Damit haben wir uns viel ins Hausaufgabenheft geschrieben. Energieintensive Wirtschaft kostet Geld! Anderswo können Firmen deutlich günstiger investieren.

Man muss jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, dass Unternehmen wieder vernünftig wirtschaften können.

Wo sehen Sie denn Stellschrauben, an denen die Politik jetzt drehen müsste?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Die Wirtschaft darf nicht abgewürgt werden. Man muss jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, dass Unternehmen wieder vernünftig wirtschaften können. Hierzu zählt z.B. die Unternehmensbesteuerung, so dass mit Gewinn gewirtschaftet werden kann. Außerdem ein Energiepreis, der konkurrenzfähig ist im Vergleich mit den umliegenden Ländern. Wir brauchen dringend einen Bürokratieabbau, auch das ist ein wichtiger Weg. Und es müssten Fachkräfte angeworben werden, so wie es beispielsweise in Kanada passiert.

Und die Unternehmen, welche Schritte sind dort notwendig?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Auch da gibt es viel zu tun. Als erstes geht es um Weiterqualifizierung. Es gibt zwar gut ausgebildete Leute, aber die werden nicht ohne Weiteres in eine völlig andere Richtung wechseln – Stichwort KI. Das Thema gehört nach ganz oben in den Unternehmen, das ist ihre Aufgabe. Außerdem muss das Risikomanagement vernünftig funktionieren. Es darf nicht bilanziert werden wie in der Pommesbude! Wir brauchen eine neue unternehmerische Verantwortung und die Bereitschaft der Unternehmen, sich für jede Situation zu wappnen. Dazu gehören tragbare Liquiditätspläne und ein vernünftiges Risikomanagement – schließlich hat man Verantwortung für die Mitarbeiter!

Alles dreht sich ums Wissen. Betriebsräte sollten immer das ganze Unternehmen im Auge behalten.

Stichwort Verantwortung: Was sind denn die Warnzeichen, also woran erkenne ich als Betriebsrat frühzeitig, dass mein Unternehmen in Schieflage gerät?

Patrik-Ludwig Hantzsch: Alles dreht sich ums Wissen. Betriebsräte sollten immer das ganze Unternehmen im Auge behalten. Um erkennen zu können, wie die wirtschaftliche Situation vor Ort aussieht, braucht es natürlich Fachkenntnisse. Hier ist Weiterbildung dringend geboten! Außerdem sollten sich die Gremien mit dem Thema Krisenfrüherkennung beschäftigen. Welche Krisenfrüherkennungssysteme gibt es, wie gut steht das Risikomanagement des Unternehmens da? Und es ist Pflichtfach, sich das Insolvenzgeschehen und die Situation der Branche anzuschauen – davon lässt sich viel ableiten. Über all das sollten regelmäßig Gespräche mit dem Arbeitgeber stattfinden. Fakt ist: Es wird sich nicht „rauswachsen“, der Anpassungsdruck ist enorm hoch. (cbo)

Kontakt zur Redaktion

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Wenden Sie sich gerne direkt an unsere Redaktion. Wir freuen uns über konstruktives Feedback!

redaktion-dbr@ifb.de